

Zur Frage der Zulässigkeit von Gewaltanwendung gegen Migranten

Von MAG. ARTHUR H. LAMBAUER (August 2024)

Zunächst ist festzuhalten, dass die Art und Weise, wie ein Staat mit Fremden umgeht, die sein Hoheitsgebiet betreten, zweifelsfrei dessen internationale Beziehung zum Herkunftsland des Fremden betrifft. Denn der Fremde ist Glied seiner Nation, und würde das nicht, sondern bloß offizielle Kontakte zu offiziellen Repräsentanten gemeint sein, müsste von inter-gouvernementalen Beziehungen die Rede sein, was, wie sogleich erhellen wird, nicht der Fall ist.

Artikel 2/4 UN-Charta sieht nämlich vor, dass

[a]ll Members shall refrain in their international relations from the threat or use of force against the territorial integrity or political independence of any state, or in any other manner inconsistent with the Purposes of the United Nations.

Die Androhung oder der Gebrauch von Gewalt soll dabei also auch insoweit unterlassen werden, als dies **mit den Zwecken der UNO unvereinbar** wäre.

Die Zwecke der UNO sind in Artikel 1 ihrer Charta aufgezählt.

The Purposes of the United Nations are:

- 1. To maintain international peace and security, and to that end: to take effective collective measures for the prevention and removal of threats to the peace, and for the suppression of acts of aggression or other breaches of the peace, and to bring about by peaceful means, and in conformity with the principles of justice and international law, adjustment or settlement of international disputes or situations which might lead to a breach of the peace;*
- 2. To develop friendly relations among nations based on respect for the principle of equal rights and self-determination of peoples, and to take other appropriate measures to strengthen universal peace;*
- 3. To achieve international co-operation in solving international problems of an economic, social, cultural, or humanitarian character, and in promoting and encouraging respect for human rights and for fundamental freedoms for all without distinction as to race, sex, language, or religion; and*
- 4. To be a center for harmonizing the actions of nations in the attainment of these common ends.*

Die Frage, die sich also stellt, ist, ob bzw. allenfalls unter welchen Voraussetzungen solche Gewaltanwendung gegen Migranten, und zwar in der Form deren Ausweisung bzw. Abschiebung, zulässig ist.

Zunächst ist kurz auf die GFK 1951 einzugehen, die in ihren Artikeln 32f das Recht des Flüchtlings, nicht (zu seiner eigenen Gefährdung) abgeschoben zu werden, wie folgt regelt bzw. eingrenzt:

Article 32

EXPULSION

1. The Contracting States shall not expel a refugee lawfully in their territory save on grounds of national security or public order.
2. The expulsion of such a refugee shall be only in pursuance of a decision reached in accordance with due process of law. Except where compelling reasons of national security otherwise require, the refugee shall be allowed to submit evidence to clear himself, and to appeal to and be represented for the purpose before competent authority or a person or persons specially designated by the competent authority.
3. The Contracting States shall allow such a refugee a reasonable period within which to seek legal admission into another country. The Contracting States reserve the right to apply during that period such internal measures as they may deem necessary.

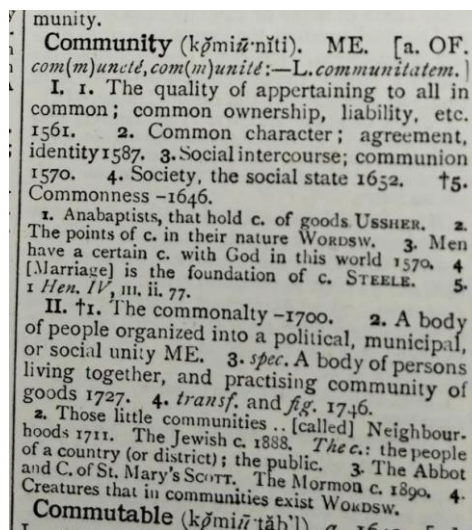
Article 33

PROHIBITION OF EXPULSION OR RETURN ("REFOULEMENT")

1. No Contracting State shall expel or return ("refouler") a refugee in any manner whatsoever to the frontiers of territories where his life or freedom would be threatened on account of his race, religion, nationality, membership of a particular social group or political opinion.
2. The benefit of the present provision may not, however, be claimed by a refugee whom there are reasonable grounds for regarding as a danger to the security of the country in which he is, or who, having been convicted by a final judgment of a particularly serious crime, constitutes a danger to the community of that country.

Um Flüchtlinge abschieben zu können, müssen demnach öffentliche Interessen (die Sicherheit bzw. die gesellschaftlichen Gemeinschaft des Landes) durch dessen Verhalten gefährdet sein (Artikel 33/2 GFK 1951). Dabei fällt die unterschiedliche Terminologie auf, wonach es im ersten Fall bei (selbst unverschuldeter) Gefährlichkeit des Flüchtlings auf die **Sicherheit des Landes**, im zweiten aber, bei einer Gefahr wegen strafgerichtlicher Verurteilung auf die **gesellschaftliche Gemeinschaft** (*community*), je als

Schutzobjekt, ankommen soll. Während die *Sicherheit des Landes* weniger Probleme beim Verständnis dieses Begriffes bereitet, erhebt sich die Frage, was mit *community* (im Gegensatz etwa zur *society*) gemeint ist. Bei SOED (1950) findet sich dazu, was folgt:



Insbesondere bei den dabei unter Abschnitt I. aufgezählten Bedeutungen, aber auch bei denjenigen, die unter Abschnitt II. aufscheinen, sticht die soziale Komponente der Begrifflichkeit als interaktive Eigenschaft des Miteinander hervor. Daraus folgt für die oben zitierte Bestimmung des Artikels 33/2 GFK 1951 logisch, dass selbst eine Gefährdung wegen strafrechtlicher Verurteilung dann nicht relevant ist, wenn am Aufenthaltsort gar kein solches Miteinander unter den Bewohnern (wozu auch der Flüchtling selbst zu zählen hat) vorherrscht. Damit wird der typischen Reaktion der Straffälligkeit von Flüchtlingen Rechnung getragen, die im Fluchtland, anstatt auf Hilfsbereitschaft und Freundlichkeit) auf Rassismus und andere kollektive xenophobe Einstellungen treffen.

Unter solchen Umständen ist eine Abschiebung nach dem ersten Fall des Artikels 33/2 GFK 1951 nur dann zulässig, wenn das Verhalten des Flüchtlings (dessentwegen er verurteilt wurde) für die Sicherheit des Staats als solchen eine Gefahr darstellt, was insbesondere bei Terrorismus, der sich gegen den Staat und seine Repräsentanten wendet, der Fall wäre, nicht aber bei herkömmlicher Kriminalität.

Damit sind wir zurück bei der UN-Charta: Diese geht nämlich weiter, wenn sie sich in ihrem Artikel 2/4 auf den Zweck der Wahrung von internationalem Frieden und solcher Sicherheit (Artikel 1/1) bezieht. Wo, wie meistens der Fall ist, die Migration aus dem Grund erfolgt, dass (auch) das Fluchtland in der Heimat des Migranten für soziale Destabilisierung (insbesondere aus dem Grund des Rohstoffraubes) verantwortlich ist, liegt zweifelsfrei eine Gefährdung solchen Friedens und Sicherheit vor, was im hier diskutierten Zusammenhang nur dann ausgeglichen werden könnte, wenn der (friedliche) Migrant derart willkommen geheißen wird, dass er auch politisch mitwirken kann. Wird er hingegen als lästiger Fremdling behandelt oder gar ausgewiesen bzw. abgeschoben (ohne dass einer der oben erörterten Gründe vorläge), ist diese Ausgleichsfunktion der GFK nicht mehr gegeben, sodass ein Verstoß gegen den internationalen Frieden und solche Sicherheit durch diese Behandlung vorliegt.

Ähnlich verhält es sich mit Artikel 1/2 UN-Charta: freundschaftlichen Beziehungen entspricht nicht, Glieder der auswärtigen Nation nicht willkommen zu heißen, sondern etwa mit allerlei sozialrechtlichen Drangsalierungen wieder außer Landes zu pressen zu versuchen. Dabei spielt auch der ebendort genannte Grundsatz der Gleichberechtigung aller Völker sowie des Rechts der Selbstbestimmung eine tragende Rolle, die nämlich beide massiv infrage stellen, ob überhaupt noch ein souverän-ausschließlicher Anspruch eines einzigen Volks auf einen territorial abgegrenzten Teil der Erde als völkerrechtskonform angesehen werden kann. In diesem Sinne haben alle Länder der Erde für alle offenzustehen, was auch, wie andernorts bereits ausgeführt, das ISA-Regime der UNCLOS sowie der Weltraumvertrag so vorsehen, wenn beide solche nationalen Territorialansprüche als zur Völkerrechtsgeschichte gehörig ansehen; wobei der vormalige Zustand der territorialen Nationalstaaten mit dem Frieden von Westfalen (1648) ja auf ein Instrument

zurückgeht, das durch massive kriegerische Auseinandersetzungen erzwungen wurde, sodass dessen Völkerrechtskonformität ohnehin arg im Zweifel liegt.

Unter den ebendort (Artikel 1/2 UN-Charta) genannten sonstigen angemessenen Maßnahmen zur Stärkung des Friedens zählt unter den gegenwärtigen Umständen des Klimawandels und der (vom Nordwesten generierten) sozialen Ungleichheit des globalen Südens außerdem die Bereitschaft zum Teilen und zur Solidarität, was Abschiebungen, ja sogar restriktive Einreisebestimmungen, völlig ausschließt!

Der in Artikel 2/3 UN-Charta genannte Zweck ist nunmehr eine Zusammenfassung des bisher Festgestellten.

Diesen Prämissen folgend erging 1970 die Resolution der UNGA 2625 (XXV), aus der der einschlägige Teil hier vollständig zitiert werden soll:

The principle that States shall refrain in their international relations from the threat or use of force against the territorial integrity or political independence of any State, or in any other manner inconsistent with the purposes of the United Nations

Every State has the duty to refrain in its international relations from the threat or use of force against the territorial integrity or political independence of any State, or in any other manner inconsistent with the purposes of the United Nations. Such a threat or use of force constitutes a violation of international law and the Charter of the United Nations and shall never be employed as a means of settling international issues.

A war of aggression constitutes a crime against the peace, for which there is responsibility under international law.

In accordance with the purposes and principles of the United Nations, States have the duty to refrain from propaganda for wars of aggression.

Every State has the duty to refrain from the threat or use of force to violate the existing international boundaries of another State or as a means of solving international disputes, including territorial disputes and problems concerning frontiers of States.

Every State likewise has the duty to refrain from the threat or use of force to violate international lines of demarcation, such as armistice lines, established by or pursuant to an international agreement to which it is a party or which it is otherwise bound to respect. Nothing in the foregoing shall be construed as prejudicing the positions of the parties concerned with regard to the status and effects of such lines under their special régimes or as affecting their temporary character.

States have a duty to refrain from acts of reprisal involving the use of force.

Every State has the duty to refrain from any forcible action which deprives peoples referred to in the elaboration of the principle of equal rights and self-determination of their right to self-determination and freedom and independence.

Every State has the duty to refrain from organizing or encouraging the organization of irregular forces or armed bands, including mercenaries, for incursion into the territory of another State.

Every State has the duty to refrain from organizing, instigating, assisting or participating in acts of civil strife or terrorist acts in another State or acquiescing in organized activities within its territory directed towards the commission of such acts, when the acts referred to in the present paragraph involve a threat or use of force.

The territory of a State shall not be the object of military occupation resulting from the use of force in contravention of the provisions of the Charter. The territory of a State shall not be the object of acquisition by another State resulting from the threat or use of force. No territorial acquisition resulting from the threat or use of force shall be recognized as legal. Nothing in the foregoing shall be construed as affecting:

(a) Provisions of the Charter or any international agreement prior to the Charter régime and valid under international law; or

(b) The powers of the Security Council under the Charter.

All States shall pursue in good faith negotiations for the early conclusion of a universal treaty on general and complete disarmament under effective international control and strive to adopt appropriate measures to reduce international tensions and strengthen confidence among States.

All States shall comply in good faith with their obligations under the generally recognized principles and rules of international law with respect to the maintenance of international peace and security, and shall endeavour to make the United Nations security system based on the Charter more effective.

Nothing in the foregoing paragraphs shall be construed as enlarging or diminishing in any way the scope of the provisions of the Charter concerning cases in which the use of force is lawful.

Aus all dem folgt auch, dass jedwede Fremdenfeindlichkeit, die sich schon gegen den schieren Aufenthalt von Migranten als solchem wendet, völkerrechtswidrig und, gefährdet sie doch den nationalen und den internationalen Frieden, auch strafrechtlich relevant ist.

Arthur H. Lambauer